

Positionierung der KAB Deutschlands e.V. zur Digitalisierung in der Arbeitswelt



Präambel

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) will und wird den digitalen Wandel in der Arbeitswelt mitgestalten. Zwei Jahre haben wir uns kritisch und konstruktiv in der KAB bundesweit mit der Digitalisierung in der Arbeitswelt beschäftigt. Auf dem Ratschlag haben wir uns ebenfalls intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt.

Eine erste Bilanz wurde gezogen: Wer die Chancen der Digitalisierung nutzen will, muss auch von ihren Risiken reden. Aus dem Selbstverständnis unseres Verbandes und auf Grundlage der Soziallehre der Kirche haben wir insbesondere diejenigen im Blick, die zu den Schwächsten in der Gesellschaft gemacht werden und deshalb von den Risiken besonders betroffen sind. Sie bedürfen des besonderen Schutzes und sozialen Engagements aller.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt fällt nicht vom Himmel. Sie wird von Menschen, Institutionen und Interessensgruppen mit spezifischen Interessen und Zielen vorangetrieben. Digitalisierung löst ambivalente Prozesse aus; sie ermöglicht z.B. eine Flexibilisierung der Arbeit, führt aber auch zur Verdichtung der Arbeit und gleichzeitig zur Umgehung von Arbeitsschutzgesetzen.

Digitale Arbeit menschenwürdig gestalten. Als Arbeitnehmerbewegung setzen wir uns daher für eine menschenwürdige Gestaltung der Arbeit ein. Arbeit ist für uns mehr als Erwerbsarbeit. Privatarbeit (bspw. Erziehung, Pflege, Weiterbildung) und gemeinwesenbezogene Arbeit sind gleichwertig mit der Erwerbsarbeit.

Um dies durchzusetzen ist es notwendig, dass wir:

- **Zeitsouveränität gewinnen.** Wir unterstützen durch Qualifizierung und Bildung die Arbeitnehmer*innen, die neu gewonnene Zeitsouveränität selbstbestimmt zu nutzen. Wir brauchen Regulierungen, die Freiheit und Autonomie der Arbeitnehmer*innen ermöglichen und die Rahmenbedingungen, wie die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber*innen, arbeitsfreie Sonntage, zeitnahe Entlastungszeiten, Tageshöchstleistungszeiten von acht Stunden und 48 Wochenarbeitsstunden, garantieren. Wir fordern eine Anpassung der Arbeitszeitgesetzgebung, die dies auch für die digitale Arbeitswelt festschreibt, durchsetzt und kontrolliert.
- **Mitbestimmung stärken.** Wir setzen uns daher für den Ausbau der Betriebsverfassung, der Unternehmensverfassung und der Stärkung der Vertretungsorgane ein. Ein zentraler Bestandteil dazu ist die Einführung eines Arbeitsgesetzbuches. Wir fordern eine konzertierte Aktion der Berufsverbände, Kammern, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zur Stärkung der Mitbestimmung.
- **Mindestlohn garantieren.** Wir wollen, dass für alle Formen der Arbeit, insbesondere für digitale Arbeit, der gesetzliche Mindestlohn gewährleistet ist. Der Mindestlohn muss armutsfest sein und zum internationalen Standard werden. Zudem stärkt der Mindestlohn die Tarifautonomie. Wir fordern eine konsequente Verfolgung: jeder Missbrauch muss geahndet werden.
- **Verteilungsgerechtigkeit herstellen.** Wir wollen eine gerechte Umverteilung durch ein anderes Steuersystem. Dazu zählt bspw. die steuerliche Entlastung von personalintensiven Betrieben und gleichzeitig eine deutlich stärkere Belastung der Digitalisierungsprofiteur*innen. Eine Finanztransaktionssteuer ist notwendiger denn je. Wir fordern eine konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch die Finanzbehörden.
- **Ressourcen schonen.** Wir müssen dafür sorgen, dass durch die Möglichkeiten der Digitalisierung ökologische Ziele im Arbeitskontext erreicht werden. Gleichzeitig müssen wir prüfen unter welchen Bedingungen Ressourcen für uns noch nutzbar sein dürfen. Wir fordern daher Umwelt- und Arbeitsstandards, die nachhaltiges globales Wirtschaften ermöglichen. Ein unabdingbarer Schritt dafür ist, die Unternehmenshaftung in den Lieferketten gesetzlich festzuschreiben.
- **Arbeit und Einkommen entkoppeln.** Wir setzen uns deshalb für ein Garantiertes Grundeinkommen für alle ein. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, eine offene Debatte über das Garantierte Grundeinkommen zu führen und die Einführung in Angriff zu nehmen.

Augsburg, 23. Juni 2019